

294574-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – VgV Fachplanung TGA (HLS) - Neubau
Grundschule Kuppelnau, Ravensburg
OJ S 97/2024 21/05/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ravensburg, Amt für Architektur und Gebäudemanagement

E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Fachplanung TGA (HLS) - Neubau Grundschule Kuppelnau, Ravensburg

Beschreibung: Die Stadt Ravensburg beabsichtigt den Neubau der 3,5-zügigen Grundschule Kuppelnau, die bisher eine 2,5-zügige Grundschule zzgl. zweier Vorbereitungsklassen ist. Die zum Schulbetrieb der zukünftigen Ganztages-Grundschule (max. 392 Schüler*innen und Personal ca. 75 Personen) notwendigen Räume sollen in einem Neubau an einem neuen Standort realisiert werden. Der Gebäudebestand soll später der ebenfalls dort ansässigen Gemeinschaftsschule zur Verfügung stehen. Die Programmfläche (Nettofläche) der Grundschule Kuppelnau wurde mit ca. 2.875 m² zzgl. Nebennutzungs- und Erschließungsflächen ermittelt. Bei der Maßnahme sind die aktuellen pädagogischen und organisatorischen Anforderungen zu berücksichtigen und die Möglichkeiten der Inklusion und Teilhabe durch die bauliche Struktur zu unterstützen. Ebenso sind die Fragen der Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Betriebsführung des Standortes mit der Maßnahme zukunftsfähig zu beantworten. Hierzu hat die Stadt Ravensburg einen Realisierungswettbewerb mit landschaftlichem Ideenteil für Architekten und Landschaftsarchitekten durchgeführt. Das daran anschließende VgV-Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Das Plangebiet ist in einen Realisierungsteil (östlich der Kuppelnaustraße, ca. 4.750 m²) und einen landschaftlichen Ideenteil (westlich der Kuppelnaustraße, ca. 4.082 m²) gegliedert. Die VgV-Verfahren der Fachingenieure beziehen sich nur auf den Realisierungsteil. Im Vorfeld wurde von REM Assets 2022 eine Machbarkeitsstudie erstellt. Im Anschluss daran wurde in der Phase 0 das Raumprogramm geschärft und der tatsächliche Bedarf in Workshops mit den Nutzern festgestellt. Die Machbarkeitsstudie und das Ergebnis der Phase 0 wurde aus Gründen der Transparenz im Wettbewerb veröffentlicht, sie stellen aber keine Vorgabe für den Wettbewerb dar. Das Raumprogramm der zukünftigen Ganztags-Grundschule von insgesamt ca. 2900 m² NUF berücksichtigt den allgemeinen Unterrichtsbereich, Personal- und Verwaltungsbereich, Ganztags- und Aufenthaltsbereich mit Foyer/Aula/Mensa inkl. Bühnenraum mit Veranstaltungstechnik und Musiksaal. Es ist außerdem eine kleine Bewegungshalle mit einem Spielfeld von 15 x 15 m, einer lichten Höhe von 5,50 m geplant, für die sowohl eine schulinterne als auch schulexterne Nutzung durch z.B. Vereine, möglich sein sollte. Die weitere Planung und Ausführung im Anschluss an den Wettbewerb werden für den Hochbau mit Hilfe der BIM-Methode erfolgen. Durch den Einsatz

der digitalen Arbeitsmethode BIM möchte die Stadt Ravensburg in einem Pilotprojekt unter anderem für transparentere Planungsprozesse sorgen, sowie eine besseren Planungscoordination und Kommunikation im Projekt erzielen. Darüber hinaus möchte die Stadt Ravensburg mit dem Pilotprojekt ihr Wissen und ihre Erfahrungen bei der Arbeit mit der BIM-Methode weiter ausbauen. Von allen Planern wird ein sicherer Umgang mit der BIM-Methode und den entsprechenden Werkzeugen vorausgesetzt. Zusätzlich soll ein Vorab-BAP (Vorab-BIM-Abwicklungsplan) ausgefüllt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird hierzu eine entsprechende Mustervorlage von der Ausloberin zur Verfügung gestellt. Nähere Informationen zu den spezifischen BIM-Anforderungen im Projekt können den Auftraggeber- Informations-Anforderungen (AIA) entnommen werden, die als Anlage mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt wird. Für die Leistungen der Fachplanung TGA gem. §§ 53, 55 HOAI ALG 1-3,8 (HLS), LPH 1-8, +9, wird ein geeignetes Ingenieurbüro mit Erfahrungen im Holz-/Holzhybridbau und BIM gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1-3 beauftragt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Die Fachplanung TGA (Elektro) ist Gegenstand einer separaten Auftragsbekanntmachung. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 19.09.2024 statt. Weitere Informationen siehe Ziffer 5.1.

Kennung des Verfahrens: 4edd2c1a-c14d-49c3-bd06-ff12e675225f

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter 5.1.11 angegebene Vergabepattform in Textform i.S.v. § 53 Abs 1 VgV einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter 8.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter 5.1.11 angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabepattform unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV-Verfahren Fachplanung TGA (HLS) - Neubau Grundschule Kuppelnau, Ravensburg
Beschreibung: Weitere Informationen siehe Ziffer 2.1 Verfahren. Nachhaltigkeit: Der European Energy Award®, kurz eea, ist ein europäisches Gütezertifikat für die Nachhaltigkeit der Energie- und Klimaschutzpolitik von Kommunen. Die Stadt Ravensburg startete mit dem Prozess bereits 2006 als eea-Pilotkommune in BadenWürttemberg. 2021 konnte die Stadt nun zum dritten Mal die Auszeichnung in Gold gewinnen. Der "Ravensburger Klimakonsens" ist ein Strategiepapier und eine Selbstverpflichtung mit über-ambitionierten Maßnahmen und Zielvorgaben, mit denen man für die Stadt bis spätestens 2040 die Klimaneutralität erreichen

will. Ravensburg verfolgt auch bzw. insbesondere bei der Realisierung von Bauvorhaben die Minimierung des Massenstromes, der grauen Energie, des Treibhauspotenzials sowie des Schadstoff- und Chemikalieneinsatzes allgemein. Deswegen ist eine hohe energetische und ökologische Qualität ein ausdrückliches Ziel und eine konkrete Anforderung an die Planer. Die Realisierung des Gebäudes wird mit dem Leitfaden für Nachhaltiges Bauen qualitätsgesichert. Aus förderrechtlichen Gründen sollen auch die NBBW-Kriterien eingehalten werden. Die Ausloberin wünscht sich einen hohen Vorfertigungsgrad und erwartet dadurch eine kurze Bauzeit und eine wirtschaftliche Errichtung der Gebäude. Das Gebäude soll in Holz-/Holzhybridbauweise geplant und erstellt werden. Die Bauweisen können sich entsprechend den funktionalen und baulichen Rahmenbedingungen unterscheiden. Eine materialgerechte und wirtschaftliche Planung wird vorausgesetzt. Es wird besonderen Wert auf nachwachsende und regionale Materialien gelegt. Lebenszykluskosten Durch bauliche und technische Maßnahmen ist ein optimiertes Verhältnis von Investitionskosten zu Nutzungskosten anzustreben. Im Entwurfskonzept sind die Herstellungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten zu berücksichtigen durch: - die Angemessenheit der baulichen Maßnahmen (v.a. Flächeneffizienz, Gebäudeform, Tragwerk, Fassade etc.) - geringe Energiekosten über einen reduzierten Energiebedarf und eine optimierte Energiebedarfsdeckung - eine Reinigungs- und Instandhaltungsfreundlichkeit der Fassade - die Vermeidung wartungsintensiver Gebäudetechnik Die Kosten für den Neubau der Schule inkl. Mensa und Bewegungshalle werden auf ca. 13,2 Mio € netto (KG 300+400) geschätzt. geplanter zeitlicher Ablauf: Planungsbeginn Ende 2024, Baubeginn Mitte 2026, Fertigstellung zum Beginn des Schuljahres 2028/2029 Die Maßnahme soll im Rahmen der Schulbauförderung gefördert werden. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 19.09.2024 statt. Zusatz TGA Die sparsame und rationelle Energieverwendung ist aufgrund knapper Ressourcen und zum Schutz der Umwelt eine vorrangige Aufgabe unserer Zeit. Durch Senkung des Energieverbrauchs sollen die Kohlendioxid-Emissionen reduziert werden. Ziel ist es, möglichst wenig Energie zu verbrauchen und langfristig den erforderlichen Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen zu decken. Das Gebäude ist auf Grundlage des geltenden Gebäudeenergiegesetzes (GEG) mit dem Ziel mindestens Effizienzhaus 40 zu planen und muss deren Anforderungen erfüllen. Der Neubau soll an die bereits bestehende Versorgung des Grundstücks (Wasser, Abwasser und Strom) angeschlossen werden. Derzeit werden zur bestehenden Fernwärme weitere Wärmequellen wie beispielsweise Erdwärme oder Biomasse geplant. Daher ist eine wesentliche Verbesserung des Primärenergiefaktors im Zuge der Fertigstellung des Fernwärmenetzes 2026 zu erwarten. Mindestanforderungen an eine möglichst CO₂-neutrale Energieversorgung stellt das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) dar. Eine gute Raumluftqualität soll über ein hybrides Lüftungskonzept (kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage und offenbare Fenster in allen Klassenräumen) sichergestellt werden. Die neuen Dachflächen sind zur Retention weitestgehend als Gründächer auszuführen (Substratschicht mind. 12 cm). Die Kombination mit Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf diesen Flächen ist ausdrücklich erwünscht. Photovoltaikanlagen an der Fassade sind ebenfalls denkbar. Das anfallende Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken zurückzuhalten (z.B. in Retentionszisternen, Retentionsmulden oder Stauraumkanäle) und in gedrosselter Weise der öffentlichen Kanalisation zuzuführen. Die Retentionsmulde darf nicht als Versickerungsmulde ausgeführt werden. Bauliche Voraussetzungen für die Regen- und Grauwassernutzung in dem Gebäude und insbesondere zur Bewässerung der Freiflächen sind zu berücksichtigen. Aus hydraulischen Gründen kann die Entwässerung der geplanten Grundschule nur an den Kanalschacht GA 0.05 erfolgen. Der Anschluss erfolgt somit an der tiefsten Stelle. Die Leitungspläne werden als Anlage mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Für die Leistungen der Fachplanung TGA gem. §§ 53, 55 HOAI ALG 1-3,8 (HLS), LPH 1-8, +9, wird ein geeignetes Ingenieurbüro mit

Erfahrungen im Holz-/Holzhybridbau und BIM gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1-3 beauftragt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Die Fachplanung TGA (Elektro) ist Gegenstand einer separaten Auftragsbekanntmachung.
Interne Kennung: E91284841

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für: selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte: Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Eigenerklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte. Jeder Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben.

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Es können 3 Referenzen gewertet werden. Referenz A ist zwingend erforderlich, die Referenzen B und C sind optional. In jeder Referenzkategorie kann jeweils

nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind möglich. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: max. 200 Punkte für Referenz A (40%) max. 100 Punkte für Referenz B (20%) max. 100 Punkte für Referenz C (20%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Referenz A – zwingend: Nachweis eines realisierten Projekts zum Thema Bildungseinrichtung, Schule wird höher bewertet (Kriterien der Vergleichbarkeit: Neubau Schule oder vgl., ca. 2900 m² NUF, öffentlicher Auftraggeber) Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts, Thema Bildungseinrichtung o Kosten der KG 300-400 netto mind. 6,5 Mio. € o Leistungszeitraum 2013 – 2024 (fertiggestellt) o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2 - 8) und Anlagengruppen (1-3,8) im Unternehmen Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Referenz B - optional: Nachweis eines realisierten Projekts Thema Holz- oder Holzhybridbauweise (Kriterien der Vergleichbarkeit: Neubau Holz- oder Holzhybridbauweise, ca. 2900 m² NUF). Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines realisierten Projekts Thema Holz- oder Holzhybridbauweise o Kosten (KG 300 - 400) mind. 3,0 Mio. € netto o Leistungszeitraum 2013 – 2024, fertiggestellt o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2 - 8) und Anlagengruppen (1-3,8) im Unternehmen Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Referenz C - optional: Nachweis eines realisierten Projekts beliebiger Nutzung mit BIM (Kriterien der Vergleichbarkeit: ca. 13,2 Mio € netto (KG 300+400)) Für Referenz C gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines realisierten Projekts beliebiger Nutzung mit BIM o Kosten (KG 300 - 400) mind. 3,0 Mio. € netto o Leistungszeitraum 2013 – 2024, LPH 5 abgeschlossen o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 - 5) und Anlagengruppen (1-3,8) im Unternehmen Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium. Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80,00

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Herkunftsstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Ingenieur der Fachrichtung Fachplanung TGA (HLS) zu führen. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der Verfasser der Wettbewerbsarbeit die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter/in

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektmanagement

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Honorarangebot

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E91284841>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E91284841>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/06/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach 3 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf

elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§134,135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichend des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§160 Abs. 3 GWB).

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ravensburg, Amt für Architektur und Gebäudemanagement

Registrierungsnummer: DE146397242

Postanschrift: Salamanderweg 22

Stadt: Ravensburg

Postleitzahl: 88212

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Sabine Heinrichs, kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer

E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Telefon: 0711-769639 37

Internetadresse: <https://www.ravensburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: aada9d51-2422-4e63-9ea7-3909f742e496 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/05/2024 09:28:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 294574-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 97/2024

Datum der Veröffentlichung: 21/05/2024